

**Die Linke  
Fraktion im Kreistag Meißen**

**SPD/Grüne/Piraten Fraktion  
im Kreistag Meißen**

2. März 2015

Herrn Landrat  
Arndt Steinbach

Landratsamt

**Antrag gemäß § 32 Abs. 3 Satz 4 Sächsische Landkreisordnung auf unverzügliche Einberufung des Kreistags**

Die unterzeichnenden Kreisräte fordern den Landrat auf, gemäß § 32 Abs. 3 Satz 4 Sächsische Landkreisordnung unverzüglich eine Sitzung des Kreistags einzuberufen.

Gegenstand dieser Sitzung soll der Antrag der Fraktionen Die Linke und der SPD/Grüne/Piraten „Missbilligung des Landrats“ sein.

**Begründung:**

Das Verhalten des Landrats am 19. Februar 2015 bedarf einer umgehenden Würdigung durch den Kreistag, um die Glaubwürdigkeit des Landkreises bei der Unterbringung von Flüchtlingen wieder herzustellen und darauf hin zu wirken, den Landrat von weiteren Kooperationen mit der NPD und deren Anhängern abzuhalten.

Weiterhin soll die am 28. August 2008 vom Kreistag beschlossene gemeinsame Erklärung der Fraktionen und Gruppierungen erneuert werden.

Dieser Antrag wird gestellt von:

Knebel	Knebel	2.3.15
Graff	Graff	2.3.15
Heym	Heym	2.3.15
Näther	Andreas Näth	2.3.15
Wendler, Anett	Wendler	02.03.2015
Kreisz, Andrea	Kreisz	2.3.15
Staudt, Rüdiger	Staudt	2.3.2015
Keil, Ulrich	Keil	02.03.2015
Hartmann, Waltraud	Hartmann	2.3.15
Zschocke, Brigitte	B. Zschocke	02.03.2015
Jordan, Günter	G. Jordan	2.3.2015
Mühne, Harald	Mühne	2.3.2015
Dalg, Johann	J. Dalg	2.3.2015
Detrich, Lars	Lars Detrich	2.3.2015
Schirmer, Gabriele	G. Schirmer	02.03.2015
SKALICIS, Sören	Skalics	02.03.2015
Hoffmann, Heinz	Heinz Hoffmann	02.03.2015
Sänning, Georg	G. Sänning	02.03.2015
Gorek, Dagmar	Gorek	02.03.2015
Rost, Matthias	Matthias Rost	02.03.2015
Oehmichen, Martin	M. Oehmichen	02.03.2015
Gey, Thomas	Gey	02.03.2015

02. März 2015

Herrn Landrat  
Arndt Steinbach

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktionen Die Linke und SPD/Grüne/Piraten bringen den nachfolgenden Antrag in den Kreistag ein:

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Meißen missbilligt das Verhalten des Landrats, der am 19. Februar 2015 im Anschluss an eine Kundgebung der NPD Funktionäre und Sympathisanten dieser Partei in das Landratsamt zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen hat. Damit hat er der am 28. August 2008 vom Kreistag verabschiedeten Erklärung der Fraktionen und Gruppierungen zum Umgang mit Extremismus zuwider gehandelt.
2. Der Kreistag fordert den Landrat auf, in Fragen der Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Meißen zur bisherigen Zusammenarbeit mit dem Kreistag und der von diesem eingesetzten Arbeitsgruppe „Asylbewerberunterkunft“ zurück zu kehren.

**Begründung:**

zu 1.:

Ausgangspunkt war die „Notunterbringung“ von 92 Asylsuchenden am Freitag, dem 13. Februar 2015 in der Turnhalle der Verwaltungsfachhochschule Meißen durch die Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz. Die Anwohner, aber auch Kommune und Kreis waren davon wohl vollkommen überrascht worden. Daraufhin meldete der Kreisrat Schreiber im Namen der NPD für den 19. Februar 2015 eine Kundgebung mit dem Thema »Mißbrauch stoppen – Asyl-Chaos in Meißen verhindern« vor der Hochschule an. Das Bündnis „Buntes Meißen“ meldete eine Gegenkundgebung an.

Am Tag der Kundgebung standen dann ca. 150 NPD-Anhänger und wohl auch Anwohner auf der einen Straßenseite, ca. 100 laute Gegendemonstranten auf der anderen.

Dann verbreitete sich die Kunde, dass der Landrat, der in einem Feuerwehrschutzmantel, als handele es sich um einen Katastropheneinsatz, zwischen den Straßenseiten hin und her lief, einzelne der anwesenden Kreisräte, Herrn Pfarrer Oehler und andere Personen auf der Seite der Gegendemonstranten zu einem anschließenden Gespräch ins Landratsamt einlädt. „20 von Euch, 20 von den anderen“, lautete seine Aufforderung an die Gegendemonstranten. Er holte sich mit dieser Einladung eine einhellige Abfuhr bei den Gegendemonstranten. Tenor: „Mit Nazis setzen wir uns doch nicht an einen Tisch!“

Kurze Zeit später wurde der Landrat auf der NPD-Demonstration als Redner angekündigt und er ergriff auch das Mikrofon, lud die Demonstrationsteilnehmer in das Landratsamt ein und machte noch verschiedene Ausführungen, wie z.B. „Es kommen jetzt die Kosovaren. Wir - so auch Herr de Maiziere - machen uns für ein Rückführungsgesetz stark, damit die nicht Asylberechtigten so schnell es geht wieder weg sind.“ Dies wurde mit lautem Johlen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach den Worten des Landrats trat Kreisrat Schreiber wieder ans Mikrofon und bedankte sich überschwänglich und ausgesprochen huldvoll für die Dialogbereitschaft des Herrn Landrat. Endlich würden ihre Argumente gehört, so müsse Politik sein.

Und tatsächlich zog der Landrat dann im Anschluss an die NPD-Kundgebung unter den Transparenten der Rechtsextremisten mit ca. 40-50 Personen ins Landratsamt.

Im Internetauftritt des Landkreises war am 19. Februar unter „Aktuelles“ folgendes zu lesen: „Nach der für Meißen und den Landkreis unvorbereiteten Unterbringung von Asylbewerbern durch den Freistaat Sachsen am 13. Februar in der Verwaltungsfachhochschule, hat die NPD für den 19. Februar zu einer Demonstration unmittelbar vor dem Schulgelände aufgerufen. Landrat Arndt Steinbach will versuchen, mit den Demonstranten ins Gespräch zu kommen: „Ich gehe davon aus, dass dort nicht nur NPD-Anhänger demonstrieren, sondern auch Anwohner, die von den Hauruck-Aktionen des Freistaates überfordert sind.“

Mit dieser Aktion hat Landrat Steinbach gegen den bisher im Kreis Meißen zwischen allen demokratischen Parteien bestehenden Konsens, keinerlei politische Zusammenarbeit mit der NPD zu pflegen, verstoßen und damit hat er der am 28. August 2008 vom Kreistag verabschiedeten Erklärung der Fraktionen und Gruppierungen zum Umgang mit Extremismus zuwider gehandelt. In der Erklärung heißt es: *„Wir bekennen uns im Kreistag zur Demokratie und unserer freiheitlichen Grundordnung. Gewalt und Extremismus, ebenso Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab.“* Auf Basis dieser Erklärung bieten die Antragsteller den demokratischen Fraktionen und Gruppen eine Erneuerung der Vereinbarung über den Umgang mit der NPD im Kreistag an (Entwurf in der Anlage).

Die Reaktionen der NPD auf den verschiedenen Internetseiten zeigen, dass sich die NPD durch die direkte Ansprache des Landrats aufgewertet fühlt. Gleichzeitig wird er von den Rechtsextremisten für deren menschenverachtende Politik in Anspruch genommen. Das Verhalten des Landrats kann als Ermutigung der NPD und deren kompromisslos ausländerfeindlichen Grundhaltung gedeutet werden. Er erweckt da-

mit den fatalen Eindruck, bei der verfassungsfeindlichen NPD handele es sich um eine normale demokratische Partei, mit der ein Dialog sinnvoll ist.

Warum Landrat Steinbach, der sich bisher bei den vielfach zur Flüchtlingsunterbringung geführten Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern sehr zurück gehalten hat, ausgerechnet mit Teilnehmern einer NPD-Kundgebung „ins Gespräch kommen wollte“, hat er bis heute nicht zufriedenstellend erklären können. Allein die Floskel, er müsse mit allen Bürgern Gespräche führen, reicht hier nicht aus.

Zielführender wäre es gewesen, wenn Landrat Steinbach zu einer eigenen Informationsveranstaltung aufgerufen und damit der NPD- Kundgebung, auf der wie üblich und der Programmatik dieser Partei entsprechend, nur Hetze gegen Flüchtlinge getrieben wurde, eine Alternative entgegengesetzt hätte.

Wenigstens hätten die Antragsteller erwartet, dass der Landrat seine Idee vorher mit den Fraktionen besprochen hätte. So aber ist aus dieser einsamen Idee eine an politischer Naivität und Peinlichkeit nicht zu überbietende Aktion geworden, die auch bundesweit Aufmerksamkeit gefunden hat. Wahrlich keine gute Werbung für unseren Landkreis!

zu 2.:

Nach der Kommunikationskatastrophe um die Errichtung einer Containerunterkunft für Flüchtlinge in Gröditz im Sommer 2012 hat der Kreistag eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe „Asylbewerberunterkunft“ gebildet, die seit dem reibungslos mit der Verwaltung zusammen arbeitet. Der Kreistag hatte gleichzeitig mit der Einsetzung der Arbeitsgruppe Grundsätze für die Unterbringung der Flüchtlinge im Landkreis Meißen beschlossen, die im Wesentlichen auch eingehalten werden konnten. Zudem wurde durch die Arbeitsgruppe das Thema Flüchtlingsunterbringung aus der tagespolitischen Diskussion zwischen den im Kreistag vertretenen Parteien und Gruppierungen weitgehend herausgehalten.

Der Landrat hatte sich bis vor kurzem, zumindest in der Öffentlichkeit, nicht bei diesem Thema engagiert. Auch bei der Bürgerversammlung in der Marienkirche in Großenhain, bei der hunderte Bürgerinnen und Bürger überwiegend der Anmietung des Hotels am Kupferberg ablehnend gegenüber standen, war der Landrat nicht anwesend. Erst bei einer Versammlung Perbaer Bürgerinnen und Bürgern war er erstmals präsent. Trotzdem endete dieser Auftritt mit einem Eklat, der bundesweite Bekanntheit erlangte.

Erst vor einiger Zeit besetzte der Landrat mit seiner vehement vorgetragenen Kritik an der Staatsregierung das Thema Flüchtlingsunterbringung öffentlich. Ohne Beteiligung der Arbeitsgruppe verordnete er in einer Bürgermeisterkonferenz eine Aufnahmequote von Eins zu Hundert gemessen an der Einwohnerzahl bei der Aufnahme von Flüchtlingen in den kreisangehörigen Gemeinde und Städten. Diese Entscheidung konnten die Kreisräte bisher lediglich aus der Presse erfahren. Auch mit dieser Vorgehensweise stellt der Landrat die Arbeit der Arbeitsgruppe in Frage. Dort wird die „Einführung einer Flüchtlingsquote“ durchaus kritisch gesehen.

Dies gilt auch für seinen Vorschlag, die JVA Zeithain künftig als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. Insbesondere seine Begründung, die vorhandenen Zäune und Stacheldrahtsicherungen seien geeignet, Bewohner und Anwohner wechselseitig voreinander zu schützen, zeigt, wie wenig er sich mit der sensiblen Problematik auseinandergesetzt hat. Während rechtsextreme Kräfte diesen Vorschlag begrüßen, sind Initiativen und Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen in unserem Landkreis tatkräftig einsetzen, entsetzt.

Insgesamt ist festzustellen: Landrat Steinbach handelt in Fragen der Flüchtlingsunterbringung spontan, ohne Abstimmung mit dem Kreistag und unter Verletzung politischer Spielregeln. Mit dieser Politik trägt er nicht zu Stärkung der Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen im Landkreis Meißen bei. Die vielen Menschen, die sich bei der Flüchtlingsbetreuung engagieren, fühlen sich vom Landrat allein gelassen.

Aus all diesen Gründen sollte der Antrag angenommen werden.

Bärbel Heym  
Fraktionsvorsitzende

Thomas Gey  
Fraktionsvorsitzender

Anlage:  
Vereinbarung der Fraktionen im Landkreis Meißen zum Umgang mit der NPD im  
Kreistag des Landkreises Meißen

## Anlage

### Vereinbarung der Fraktionen im Landkreis Meißen

#### **Zum Umgang mit der NPD im Kreistag des Landkreises Meißen**

Die Verteidigung der Demokratie hat Vorrang vor Parteiinteressen. Deshalb vereinbaren sich die demokratischen Parteien und Gruppierungen im Kreistag des Landkreises Meißen zum gemeinsamen Handeln im Umgang mit der NPD.

Die NPD strebt nach einer Renaissance des dritten Reiches. Sie lehnt unser Grundgesetz ab und will die Gesellschaft nach völkischen Werten ordnen. Soziale Probleme will sie nationalistisch lösen. Dies wird nicht offen ausgesprochen. Erst bei genauem Betrachten sind die Absicht und das Ziel zu erkennen.

Die NPD agiert in den vergangenen Jahren aggressiv gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Meißen und versucht hierbei gezielt in der Nachbarschaft von Flüchtlingsunterkünften Stimmung gegen Asylsuchende zu erzeugen. Die demokratischen Kräfte im Kreistag werden gemeinsam mit der Kreisverwaltung diesen Machenschaften entgegen stellen.

Die NPD im Kreistag Meißen hat offen erklärt, die demokratischen Kräfte im Kreistag destabilisieren und so Stimmen zu sich herüber ziehen zu wollen. Es gibt seitens der NPD keine Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen mit den Grundsätzen, die das Handeln unserer demokratischen Fraktionen und Gruppen bestimmen.

Wir verbinden uns gegen die Absichten der Destabilisierung des Kreistages.

Eventuelle Anträge von Mitgliedern der NPD lehnen wir grundsätzlich ab. Sollten tatsächliche Probleme angesprochen, bzw. gut klingende Anträge eingebracht werden und eine Verweisung in die Ausschüsse nicht möglich sein, wird (u. U. nach einer Auszeit) ein weitergehender Gegenvorschlag eingebracht.

Bei straffer Anwendung der Geschäftsordnung gelingt es sicher, eine Instrumentalisierung des Kreistages zu verhindern. Eventuelle Fragen können später beantwortet (schriftlich) werden.

Bei politischen Auseinandersetzungen werden wir immer auf den verfassungsfeindlichen Charakter der NPD hinweisen und auf die Diskussion im Detail weitgehend verzichten

Bei der Behandlung von NPD-Anträgen oder Statements soll jeweils im Wechsel der Fraktionen nur ein/e Redner/in für alle Fraktionen Stellung nehmen.

Die Zuständigkeit des Kreistages muss bei Anträgen und Themen geprüft werden. Der Kreistag kann nicht die Plattform allgemeiner Agitation werden.

Für alle Anträge der demokratischen Fraktionen soll eine demokratische Mehrheit gefunden werden. Die NPD darf nicht zum Mehrheitsbeschaffer werden.

Rassistischen Aussagen wird immer und sofort widersprochen. Möglichst sollten in persönlichen Stellungnahmen die Hintergründe und Folgerungen, die sich aus einer rassistischen Haltung ergeben, aufgedeckt werden. Eventuell kann Strafanzeige erstattet werden.

Von NPD-Zuschauern lassen wir uns nicht beeinflussen.

Die informellen Kontakte zwischen den Fraktionen und mit dem Landrat bauen wir aus. Wir wollen die Aufgaben und Probleme des Kreises zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger ohne die NPD lösen.

Wir werden sicher nicht vollständig die Agitation der NPD ausschalten können, aber mit den oben genannten Verhaltensregeln können wir sie ins Leere laufen lassen.

Meißen, den .....

Für die Fraktionen:

CDU .....

Die Linke .....

SPD/Grüne/Piraten .....

FDP/DSU .....

Freie Wähler .....